



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/132 - 11.6.1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 81-33

Fernschreiber 0 886 890

Hinweise auf den Inhalt:

Adenauer in New Haven	S. 1
Wehrpflichtdiskussion auch in Belgien	S. 3
Evangelische Stimme zum Konkordatsstreit	S. 4
Mißbrauchte Sowjetzonenflüchtlinge	S. 5

Kreuzfahrer des Kalten Krieges

sp. Kaum in den USA angekommen hat der Bundeskanzler noch vor seinen eigentlichen politischen Gesprächen bei einem Essen, das ihm die Universität Yale in New Haven gab, eine Rede gehalten, die scharf seine Auffassungen von der gegenwärtigen weltpolitischen Situation umriss.

Was viele befürchteten, ist eingetreten: der Kanzler hat gesprochen, als ob es in den letzten 1 1/2 Jahren überhaupt keine politische Entwicklung oder irgendwelche Veränderungen gegeben habe, als ob wir noch unverändert in der Eisesluft des Kalten Krieges laoten. Er hat alles, was anderen verantwortlichen Politikern in vielen Staaten des Westens Anlass zu neuen Hoffnungen und verstärkten Bemühungen um eine Entspannung in Weltmaßstab gab, als kaum erwähnenswert beiseite geschoben. Er hat den überall als äusserst wichtig bewerteten Wandel der sowjetischen Politik mit seinen verschiedenen Auswirkungen, wenn nicht ausdrücklich, so doch sinngemäss als Täuschungsmanöver bezeichnet, nachdem er vor einem 3/4 Jahr die diplomatischen Beziehungen mit der Sowjet-Union aufgenommen und ihr freundschaftliche Beziehungen zugesagt hat. Kurz, er hat alles getan, um sein mangelndes Interesse an der Auswertung der neuen Möglichkeiten zu bekunden und die Amerikaner mehr oder weniger deutlich aufgefordert, zu den Prinzipien des Kalten Krieges zurückzukehren. Besonders beredter Ausdruck dieser Absicht war es, wie stark er wieder die westdeutsche Aufrüstung in den Mittelpunkt aller seiner Ausführungen stellte, die unverändert das Kernstück seiner Politik bleibt.

Andererseits hat der Kanzler auch von der Notwendigkeit

- 2 -

gesprochen, der Westen müsse stets bereit sein, seine Politik zu überprüfen, um sicherzustellen, "dass sie mit der Entwicklung der Weltpolitik Schritt hält" und es sei unsere Pflicht, ständig nach Anzeichen einer echten Bereitschaft zur Verständigung der Länder hinter dem Eisernen Vorhang Ausschau zu halten. Aber angesichts des Tenors seiner ganzen übrigen Rede wirkt diese Aufforderung formelhaft, zumal Dr. Adenauer erst abwarten will, ob wirklich Veränderungen in der Sowjetunion und in ihren Beziehungen zur Umwelt eintreten. Vielleicht ist das nach seiner Auffassung erst dann der Fall, wenn es in Moskau ein freigewähltes Parlament gibt und die Russen von sich aus auf Einflusszonen ausserhalb ihres eigenen Staatsgebietes verzichten.

Wenn der Bundeskanzler sich über einen Mangel an aussenpolitischer Zusammenarbeit innerhalb der westlichen Welt beklagt, so übersieht er, dass gerade er und seine Politik in immer stärkeren Widerspruch zu den Auffassungen der übrigen westlichen Politik geraten sind. Diese Auffassungen fanden ihren besonders sichtbaren Niederschlag unter anderem in den London-Besuch von Chruschtschow und Bulganin, in der Reise Mollets und Pineaus nach Moskau, in dem Briefwechsel Bulganins mit Eisenhower über Abrüstungsfragen und schliesslich auch in der kürzlichen Diskussion über die Rolle der neutralen Staaten in der amerikanischen Öffentlichkeit.

Bulganin hat in seinem Brief an den Kanzler angedeutet, die Verwirklichung der russischen Abrüstungsvorschläge werde zweifellos auch zur Lösung des Problems der Vereinigung Deutschlands in "vieler" beitragen. Der Kanzler ist darauf nicht eingegangen; diese Brücke, die hier geschlagen wird, will er offenbar nicht betreten, vielleicht, weil dies seiner These widersprechen würde, dass Moskau unter gar keinen Umständen für irgendein Wiedervereinigungsgespräch zu haben sei. In der erwähnten Bemerkung Bulganins wird ein Hinweis in der beiläufigen Art gegeben, die die Sowjets erfahrungsgemäss für politische Mitteilungen von grundsätzlicher Bedeutung bevorzugen. Es hat sich besonders seit der Vorbereitung und dem Abschluss der Pariser Verträge immer wieder gezeigt, wie schädlich eine Missachtung oder Ignorierung solcher Äusserung gewesen ist. Der Kanzler scheint nicht geneigt zu sein, aus dieser Erfahrung Lehren zu ziehen.

Zweifel am Massenheer

-pt. Brüssel

Die belgische Regierung hat beschlossen, eine Kommission aus Parlamentariern, zivilen Sachverständigen und Militärs einzusetzen, die untersuchen soll, ob es notwendig ist, die belgische Rüstung in ihrer gegenwärtigen Grösse und Struktur aufrechtzuerhalten. Dieser Beschluss entspricht einem einstimmigen Wunsch des Parlamentes.

Der Beschluss ist umso bemerkenswerter, als er nach wiederholten Besuchen der obersten militärischen Spitzen der NATO in Brüssel erfolgte. Belgien ist auf Grund der bitteren Erfahrungen aus zwei Weltkriegen wohl das Land, in welchem sich auch die Linke bis zu den Sozialisten und Kommunisten (die nach Kriegsende in der Regierung vertreten waren) voll und ganz für die grösstmögliche Rüstung einsetzte. Die Herabsetzung der zweijährigen Dienstzeit auf 18 Monate, welche das gegenwärtige Kabinett im Jahre 1954 vornahm, erfolgte erst, nachdem eine Sachverständigenkommission bestätigt hatte, dass sie ohne Herabsetzung der Kampfstärke der belgischen Armee und ohne Vernachlässigung der Verpflichtungen gegenüber der NATO möglich war. Hinter dem Beschluss der Regierung steht der überwiegende Teil des hohen Offizierskorps, das stark zu NATO-Kursen herangezogen wurde, und sich dort davon überzeugte, dass mit der Atom- bombe und Raketenwaffe die Rolle einer vor allem auf grosse Infanterie- körper aufgebauten Armee ausgespielt ist.

Der beschlossene Ausschuss soll eiligst, und zwar bis zum 15. Juni, zusammengesetzt werden und noch während der Sommerferien des Parlamentes mit seiner Arbeit beginnen. Der sozialistische Verteidigungsminister wird ihm ein Programm vorlegen. Auch das Problem der Wehrpflicht wird zuverlässigen Quellen nach in diesem enthalten sein. Naturgemäss ist zu erwarten, dass auch die Verstärkung der NATO-Kräfte durch die neue Wehrmacht der Bundesrepublik als Argument für die Beschränkung und den strukturellen Umbau der belgischen Streitkräfte herangezogen wird, wie es schon bei der Behandlung des Wehretats in den letzten Jahren der Fall war. Nicht zuletzt deswegen dürften die belgischen wehrpolitischen Umbaupläne von deutscher Seite Beachtung verdienen, das umso mehr, als ja ein Teil der Truppen der Bundesrepublik mit belgischen Kräften unter ein Kommando zusammengezogen werden soll.

Vergebliche Warnzeichen?

M. S. Nachdem am 4. Juni ds. Js. vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe die Verhandlungen über die Konkordatsklage begonnen haben, hat sich das Trommelfeuer in der katholischen Presse, vor allem in den kirchlichen Diözesanblättern, ungemein verstärkt. Über zwei Seiten bringen sie an erster Stelle ein KNA-Interview des Prälaten Böhler über die in allen Punkten zu bejahende Gültigkeit des unstrittigen Reichskonkordats mit Adolf Hitler.

Gleichzeitig berichteten sie, im Zusammenhang mit der auf das gleiche Thema bezüglichen Grossen Anfrage der SPD im Bundestag, von einer Äusserung des CDU-Abgeordneten Oberkirchenrat Cillien, der gesagt habe, von einer Besorgnis des evangelischen Volksteils könne keine Rede sein. Die evangelische Kirche in Deutschland habe es abgelehnt, zur Konkordatsfrage Stellung zu nehmen.

Damit versucht man den Eindruck zu erwecken, als bedeuteten die katholischen Forderungen keinen Anlass zur Trübung der freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Konfessionen. Demgegenüber sei daran erinnert, dass auf der in der gleichen Woche in Hannover stattgefundenen evangelischen Generalsynode, die sich das Thema Toleranz zum Hauptgegenstand ihrer Beratungen gestellt hatte, Bischof Dr. Halfmann das Referat "Toleranz aus dem Glauben" gehalten hat.

Die gesamten Ausführungen seines Referates tragen das Merkmal wohlabgewogener Sachlichkeit, einer Bemühung, kritische Feststellungen in grösster Mässigung zu formulieren und mögliche Übereinstimmungen sowie Ziele des Gemeinsamen sorglich zu betonen. Es ist also keineswegs eine Stellungnahme, die auch nur leicht an die trennenden Probleme herangeht.

In diesem Referat aber führte Bischof Halfmann aus:

"In der Sache der Toleranz hat man den Eindruck, wie sehr der Katholizismus an seiner Tradition gefesselt und durch sie belastet ist. Weil er die Tradition der Bibel gleichstellt, muss er zur Tradition stehen mit aller Lasten. Das Wort von Gefangenen des Vatikans ist in diesem Sinn symbolisch. Darüber muss er von Anpassung zu Anpassung schreiten, wenn er in der modernen Welt Macht besitzten will, und das versteht er meisterlich. Ein Beispiel ist dafür das augenblicks unstrittene Reichskonkordat, das der Vatikan 1933 mit Hitler abschloss. Zähne Verteidigung wohl erworbenen Rechte ist der Grundsatz, der hier wieder - 5 -

angewandt wird.

Aber wir haben die Frage an die katholischen Brüder: Muss der Rechtsstreit bis aufs Letzte getrieben werden? Was, wenn das Konkordat als nicht mehr rechtsgültig befunden wird? Die politische Folge wäre eine von niemand begrüßte Krise zwischen Deutschland und dem Vatikan. Was, wenn es als gültig befunden wird? Eine schwere innere Krise der Bundesrepublik. In beiden Fällen aber eine schwere Verstimmung gegen die katholische Kirche. Muss das sein?"

Diese Worte sind in der Tat nicht Ausdruck einer inneren Besorgnis oder Unruhe. Aber sind sie nicht ein wohlmeinender Rat, und ein klares Aufzeigen der Konsequenzen, die, wie auch der Prozess in Karlsruhe, wenn es überhaupt zu einer Sachentscheidung durch das Bundesverfassungsgericht kommt, ausfallen möge, der katholischen Kirche selbst nicht von Nutzen sein können?

Gewiss wäre es klüger, und dem allgemeinen Frieden dienlicher, auf so wohlmeinenden Rat zu hören.

* * *

Ein Forschungsbüro auf Abwegen

- 5 - "Bitte eintreten ohne anzuklopfen!" steht an der Tür des Zimmers in einem Stuttgarter Bürchaus, hinter der die Schreibtische des "Forschungsbüros für soziale Fragen" stehen. Wer das Interesse dieses "Forschungsinstituts" findet, bekommt eine Einladung "zur Besprechung verschiedener Angelegenheiten" und die "Unkosten selbstverständlich ersetzt". Das Büro - so wird erklärt - beschäftigt sich "nur mit sozialen Fragen zu rein wissenschaftlichen Zwecken" und wofür es sich dann wirklich interessiert, sind die Standorte von Truppenübungsplätzen, Kasernen und Flugplätzen in der Sowjetzone, der Aufbau und die Arbeitsweise der FDJ, die Namen und Anschriften von Funktionären der FDJ und der Volkspolizei-Offiziere u.a.

Die Einladungen des Forschungsbüros ergehen vorwiegend an jugendliche Sowjetzonenflüchtlinge, die sich erst kurze Zeit in der Bundesrepublik aufhalten. Es ist noch unbekannt, auf welchem Wege dieses Büro in den Besitz der Anschriften der jugendlichen Flüchtlinge kommt. Dass sie es mit einer amerikanischen Dienststelle zu tun haben, wird den eingeladenen Jugendlichen erst eröffnet, wenn sie die Tür hinter sich geschlossen haben. Nach Gerüchten sollen mehrere Jugendliche nach solchen "Besprechungen" nicht mehr an ihren Arbeitsplatz zurückgekehrt sein,

sondern zu Spionagezwecken in die Sowjetzone geschickt worden sein.

Der Stuttgarter Stadtjugendring hat eine Umfrage bei den politischen Parteien und den verantwortlichen Stellen eingeleitet, um zu erfahren, was man gegen diese Praktiken des "Forschungsbüros" zu unternehmen gedenkt. Leider hat bisher nur die SPD Stellung genommen. Die SPD-Fraktion des baden-württembergischen Landtags hat sich bereits mit einer entsprechenden Anfrage an die Landesregierung gewandt. Südwestdeutsche Bundestagsabgeordnete äusserten die Absicht, auch von der Bundesregierung eine Aufklärung zu verlangen, zumal sich die Tätigkeit solcher fremdstaatlicher Einrichtungen nicht nur auf Stuttgart beschränkt.

"Die gesammelten Auskünfte sind wichtig für die Sicherheit und das Wohlergehen aller Mitgliednationen der NATO-Gemeinschaft" erklärte das amerikanische Generalkonsulat in Stuttgart. Nach den Bestimmungen des zum Pariser Vertragswerk gehörenden Truppenvertrages sei die Tätigkeit amerikanischer Nachrichtendienste in der Bundesrepublik durchaus legal. Wie weit die Arbeit dieses "Forschungsbüros" auch dem Wohlergehen der Bundesbürger dient, soll hier nicht untersucht werden. Auf alle Fälle aber wollen die Jugendlichen, die als Flüchtlinge aus der Sowjetzone nach Westen kommen, in kein neues politisches Ränkespiel verwickelt werden. Hier wäre die Warnung des Stuttgarter Arbeitsamtes zu beherzigen, das aus seiner sehr genauen Kenntnis von der psychologischen Verfassung der jugendlichen Zonenflüchtlinge befürchtet, dass diese durch solche Befragungen der "Besatzungsmacht" das Empfinden bekommen, dass sich die westliche Praxis nicht von der in der Sowjetzone unterscheidet.

Es wäre eine dankbare Aufgabe der deutschen Behörden, vor den "Forschungsbüros für soziale Fragen" zu warnen. Die deutsche Jugend ist zu schade, um durch solche Geheimdienst-Spielerereien gefährdet zu werden.

* * *

Durchsichtiges Angebot

fsg. Die Sowjetzonenbehörden in Ost-Berlin haben mit dem Angebot an den West-Berliner Senat, 15.000 Freiplätze für erholungsbedürftige West-Berliner Kinder stellen zu wollen, einen politischen und propagandistischen Coup gestartet - mehr aber auch nicht. Die Stoßrichtung dieses Vorschlages war nicht ungeschickt angesetzt, nachdem in aller Öffentlichkeit bekannt geworden war, dass die bundesrepublikanische Bevölkerung dem Aufruf des Hilfswerkes Berlin bisher nur mit 5 000 Freiplätzen antwortete. Inzwischen hat sich die Zahl auf knapp 10.000 erhöht. Auch das ist noch völlig ungenügend, wenn man weiss, dass dringend 50.000 Berliner Kinder erholungsbedürftig sind und für über 20.000 sich dazu in Berlin keine Gelegenheit bietet.

Auf dieses menschliche Problem haben die sowjetischen Behörden politisch geantwortet. Der Westberliner Senat ist die Antwort nicht schuldig geblieben und hat ganz eindeutig erklärt, dass ein derartiges Angebot für die Berliner Bevölkerung unannehmbar sei. Wer die Berliner kennt, weiss, dass der Senat ihnen hierbei aus vollen Herzen gesprochen hat. Die Berliner wissen schliesslich zu gut, dass sich hinter diesem angeblichen Mantel der Nächstenliebe die plumbe Absicht verbirgt, 15.000 Kindererzen für ein politisches System zu gewinnen, das an der Zerteilung dieser Stadt und an den derzeitigen Sorgen dieser Menschen ein gerütteltes Mass Schuld trägt.

Das Angebot der Ostberliner Behörden und die klare Antwort des Westberliner Senats stellen freilich auch erneut die Bevölkerung der Bundesrepublik vor eine echte Verantwortung. Trotz aller Not und allem Elend, die noch in den Großstädten und Lagern anzutreffen sind, darf die Not der Berliner Kinder nicht übersehen werden. Das ist eine rein menschlich individuelle Aufgabe und darum sucht ja auch das "Hilfswerk Berlin" in erster Linie Ferienfreiplätze bei Familien.

* * *

Verantwortlich: Peter Baunau